



Einspruch!

- Gegen die Hamburger Flüchtlingspolitik

c/o Diakonisches Werk, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Telefon: 040 / 30620 323; www.hamburgasyl.de

Einladung an die Presse

„Menschenrechte – Ein Fremdwort in der Hamburger Flüchtlingspolitik?“

Ein Hearing zur Bürgerschaftswahl mit

Kurzreferaten zu den Themen:

- **Neuorganisation der Zentralen Erstaufnahme**; Christiane Tursi, Hamburger AK Asyl
- **Kinderflüchtlinge**; Anke Wagener, Diakonisches Werk Blankenese
- **Verwaltungsumgang mit Kranken**; Burkhard Werner, Café Exil
- **Abschiebungen & amtliche Vorbereitungen**; Conni Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg
- **Beratung und Hilfe**; Fanny Dethloff, NEK-Flüchtlingsbeauftragte

Stellungnahmen von VertreterInnen Hamburger Parteien mit anschließender Plenumsdiskussion. Die Teilnahme zugesagt haben:

- Karin Koop, **CDU**
- Aydan Özuguz, **SPD**
- Antje Möller, **GAL**
- Patricia Martinez Tonn, **F.D.P.**
- Dirk Hauer, **Regenbogen-Bündnis**

Mittwoch, 18. Februar 2004, um 19.30 Uhr

Ort: Diakonisches Werk Hamburg, Königstr. 54, HH-Altona

Angst und verzweifelte Hoffnungslosigkeit prägen den Alltag vieler Flüchtlinge und MigrantInnen in unserer Stadt. Die Freie und Hansestadt Hamburg, das Tor zur Welt, verwehrt Liberalität und Weltoffenheit denjenigen, die oftmals nach einer langen Odyssee von Leid, Not und Verfolgung die Stadt als letzte Zufluchtsstätte wählen. (...)

Wir erheben Einspruch! gegen diese unmenschliche Politik Hamburgs gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!

Wir erheben Anspruch auf eine demokratische und humane Gesellschaft, deren Wahrhaftigkeit sich an ihrem Umgang mit Minderheiten messen lassen muss. Die Hamburger Flüchtlingspolitik muss menschenrechtliche Standards erfüllen.

Unser Ziel ist es, der seit Jahren praktizierten Politik der Entrechtung und Ausgrenzung von Flüchtlingen Einhalt zu gebieten. Wir verhindern ein Klima des Wegschauens und Verschweigens in der Stadt. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung müssen Rechenschaft ablegen über ihr Handeln.

Wir fordern das Bleiberecht für die geduldeten Menschen und setzen uns ein für ein interkulturelles Klima in dieser Stadt.

Unter diesen Forderungen hat sich in Hamburg bereits vor einem Jahr ein breites Bündnis aus 35 Organisationen und Hunderten von Einzelpersonen zusammengeschlossen. Das Hearing soll dazu beitragen, dass in diesem Wahlkampf auch die Situation der Menschen zum Thema wird, denen sowohl das Wahlrecht als auch andere fundamentale Menschenrechte verweigert werden, die aber zum Teil seit Jahren in dieser Stadt leben.

Nähere Informationen entnehmen sie bitte dem beiliegenden Veranstaltungsinfo und den Internetseiten www.hamburgasyl.de und www.fluechtlingsrat-hamburg.de!